

Judith Bernstein
Viktor-Scheffel-Str. 5
D – 80803 München

Tel. 089/34 01 95 20
Fax 089/34 01 95 21
Mobile 0173/39 22
852/4

26. April 2011

Frau
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

ich bin gebürtige Israelin, in Jerusalem von Eltern geboren, die 1935 Deutschland verlassen mussten, während ihre Eltern von Erfurt aus nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurden. Seit nunmehr 40 Jahren lebe ich Deutschland und genieße hier die Vorteile von Rechtsstaat und Demokratie. Auch aus Protest gegen die israelische Politik gegenüber den Palästinensern habe ich in den 1980er Jahren meinen israelischen Pass zurückgegeben. Die Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen.

Nach einer siebenwöchigen Reise durch Israel und Palästina mit zahlreichen Gesprächen auf beiden Seiten möchte ich Ihnen berichten, dass alle Hoffnungen auf die Anerkennung Palästinas gesetzt werden, weil nur dadurch die auch von der Bundesregierung favorisierte Zwei-Staaten-Lösung erreichbar ist. Mittlerweile wird vielen Israelis klar, dass ihre Zukunft von einem palästinensischen Staat abhängt. Deshalb haben in Tel Aviv prominente israelische Persönlichkeiten eine Erklärung für einen palästinensischen Staat abgegeben; ich füge sie in deutscher Übersetzung bei.

Alle palästinensischen Institutionen unter Ministerpräsident Salam Fayyad arbeiten auf die Proklamation im September 2011 hin. Vor kurzem hat die Sonderkommission der Vereinten Nationen die beachtlichen Fortschritte auf diesem Weg gewürdigt; sie sind mir vom Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah bestätigt worden. Niemand kann von Ministerpräsident Benjamin

Netanyahu unter den Bedingungen von 300 000 Siedlern allein in der Westbank konstruktive Verhandlungen erwarten. Deshalb ist ein deutliches Signal an die Adresse der israelischen Politik unumgänglich. Die Anerkennung des Staates Palästina selbst unter den Bedingungen der Besatzung und die Aufnahme in die UNO würden bedeuten, dass die israelische Politik jedes weitere Handeln in dem neuen Staat international rechtfertigen muss.

Die auch mit deutscher Hilfe erreichte wirtschaftliche Entwicklung in der Westbank macht vor der palästinensischen Bevölkerung in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen halt und ist politisch brüchig. Niemand mag sich ausmalen, was passieren wird, sollte die internationale Anerkennung Palästinas ausbleiben; in meinen Gesprächen hörte ich Ankündigungen und Spekulationen von gewalttätigen Demonstrationen, vom Aufzug Tausender Palästinenser vor den Checkpoints und vor den jüdischen Siedlungen sowie von einer dritten „Intifada“. Hochrangige israelische Militärs haben angekündigt, dass die Armee weder den gewalttätigen noch den zivilen Widerstand kontrollieren könne.

Deshalb bitte ich Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, dass sich Ihre Regierung dem Weg der UN-Mehrheit anschließt. Der Einsatz für Demokratie und Rechtsstaat für die arabischen Völker kann vor den Palästinensern nicht haltmachen. Ein seit langem in Israel arbeitender deutscher Korrespondent hat meiner tiefen Sorge zugestimmt, dass ohne den Staat Palästina eines Tages der Staat Israel um seine Existenz in den Grenzen von 1949 bangen muss.

Mit freundlichen Grüßen

mail@judith-bernstein.de
www.judith-bernstein.de

Anlage:

http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_erklaerungen/Friedensinitiative_21.04.11.pdf